Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 12

Artikel: DDR und Entwicklungsländer
Autor: Ordnung, Carl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143381

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Carl Ordnung

DDR und Entwicklungsländer

Wie verhalten sich Christen in der DDR zum Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und gegen den Hunger? Ich mache die Erfahrung, dass es unter Christen, soweit sie überhaupt an dieser Sache interessiert sind, dazu zwei unterschiedliche Herangehensweisen gibt: eine karitative und eine politische.

Karitativ sind Bemühungen und Aktionen, die auf die Linderung unmittelbarer Not gerichtet sind: etwa bei Hunger- oder Naturkatastrophen. Man fragt nicht nach den Ursachen. Man will konkret helfen. Kürzlich zeigte der Direktor von IKON (einer kirchlichen Fernsehgesellschaft in den Niederlanden) in Berlin einen Film über die Behandlung des Hungers in Äthiopien durch westliche Medien. Darin wurde deutlich, dass erst eine dramatische Darstellung durch einen britischen Fernsehfilm überhaupt die Aufmerksamkeit auf die Situation gelenkt hat. Dann stellten sich weltberühmte Schauspieler, Sänger, Sportler u.a. zu Grossveranstaltungen zur Verfügung, mit deren Hilfe Geld zur Linderung der Not aufgebracht werden sollte. Der Erfolg war überwältigend. Es kamen Milliardenbeträge herein. Einer der Veranstalter meinte, damit könne der Hunger in ganz Afrika endgültig beseitigt werden. Das war falsch. Er wurde nur gelindert. Mit Hilfe von Karitas werden nicht die Ursachen beseitigt. Ein Sprecher im Film sagte: «Wenn wir nach den Ursachen des Hungers gefragt hätten, wäre sicher nicht einmal die Hälfte der Spendensumme eingegangen.»

Auf der letzten CFK-Jahreskonferenz im vergangenen Dezember in Berlin wurde während eines Solidaritätsabends über das von unseren Kirchen begonnene Nalianda-Projekt in Sambia berichtet. Ich fand den Bericht ganz anschaulich. Nicht so der anwesende Vertreter der ANC. Für ihn war das eine Verzerrung des wirklichen Afrikas. Seine Kritik gipfelte in der Feststellung, Hilfe solcher Art (bei der Erschliessung eines Stück Landes) sei nicht sehr sinnvoll. Was man in Afrika in erster Linie brauche, das sei unsere politische Unterstützung und Solidarität.

Beim *politisch-ökonomischen* Herangehen an die Probleme der Gerechtigkeit muss man davon ausgehen, dass die Weltwirtschaft nach wie vor weitgehend vom Kapitalismus bestimmt wird. Die ökonomischen Potenzen der sozialistischen Länder sind (noch) nicht so stark, dass sie einen nachhaltigen Einfluss auf die Weltwirtschaft ausüben. Auch aus diesem Grund entwickelt sich die grosse Mehrheit der Länder der Dritten Welt kapitalistisch (im Gegensatz zu dem, was wir vor 30 Jahren erwarteten).

I. Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus

Die Entwicklungsländer wickeln 75 Prozent ihrer Aussenwirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Industrieländern, 20 Prozent untereinander und nur 5 Prozent mit den sozialistischen Ländern ab. Die Handelsströme, die sich in der Zeit des Kolonialismus herausgebildet haben, lassen sich nicht kurzfristig verändern. Für Angola sind beispielsweise die Hauptexportgüter Erdöl, Diamanten und Kaffee. Bei Erdöl und Kaffee ist die DDR durch langfristige Verträge auf andere Länder festgelegt. Zur Verarbeitung von Diamanten gibt es hier keinerlei Möglichkeiten. Obwohl Angola ein Land

mit sozialistischer Orientierung ist, das dringend auf eine umfangreichere ökonomische Kooperation mit sozialistischen Ländern angewiesen wäre, machen diese Beziehungen in seiner Aussenwirtschaft aufgrund der objektiven Umstände nur 10 Prozent aus. Bei Äthiopien erreichen diese Beziehungen 12 Prozent, bei Moçambique sogar nur 8 Prozent.

Selbst für diese Länder gilt also, was für die grosse Mehrheit der Entwicklungsländer eine Grundtatsache ist: Sie sind fester Bestandteil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, und zwar dessen Peripherie.

Damit sind sie dem Wirken kapitalistischer ökonomischer Mechanismen ausgesetzt, die – vereinfacht ausgedrückt – die Armen ärmer und die Reichen reicher machen. Ein Beispiel für das Wirken dieser Mechanismen ist der *Verfall der Rohstoffpreise:* Seit 1950 sind diese Preise auf 26 Prozent gefallen, d.h. ein Entwicklungsland muss heute viermal soviel Zucker oder Baumwolle exportieren, um einen Traktor zu kaufen. Diese Mechanismen haben Konzerne dazu veranlasst, Produktionsstätten in Entwicklungsländern zu verlagern, die man als «*Billiglohnländer*» bezeichnet, weil dort nur ein Bruchteil des Lohnes in einem kapitalistischen Industrieland bezahlt werden muss und sie eine Reihe weiterer Vorteile bieten: keine Rücksicht auf Umweltschäden, kaum Sozialleistungen usw. Ökonomen haben errechnet, dass aufgrund des Wirkens dieser Mechanismen seit Beginn der 70er Jahre pro Jahr Werte in Höhe von 400 – 500 Milliarden Dollar unkompensiert aus den Entwicklungsländern in die kapitalistischen Industrieländer abfliessen. Das geschieht auf vielfältige Weise. Die wichtigsten Kanäle sollen hier genannt werden:

– Bis vor kurzem standen die *transnationalen Konzerne* an erster Stelle. Sie haben eine Reihe von Zweig- bzw. Tochterbetrieben in diesen «Billiglohnländern» aufgebaut und teilweise das, was dort produziert wurde, im Inner-Konzern-Verkauf zu einem Spottpreis von 20 Prozent in die Mutterländer transferiert, wo es dann teuer verkauft werden konnte.

– Inzwischen ist die *Verschuldung* der Entwicklungsländer zum Hauptkanal geworden. Während die Investitionen vor allem der transnationalen Konzerne in den Entwicklungsländern sich auf 500 Milliarden Dollar belaufen, haben die Schulden der Entwicklungsländer inzwischen eine Höhe von 1 Billion erreicht. Da die Exporterlöse der Entwicklungsländer wegen der fallenden Rohstoffpreise immer geringer wurden, mussten sie – um die notwendigen Importe bezahlen zu können – vermehrt Kredite aufnehmen, die nicht nur zurückgezahlt, sondern für die auch in beträchtlichem Umfang Zinsen bezahlt werden müssen. Siemens hat beispielsweise 1985/86 mehr durch solche Geldvergabe als durch seine Produktion verdient.

—Ein weiterer Kanal besteht in dem, was man als «*brain drain*» bezeichnet: dem Abzug hochqualifizierter Arbeitskräfte aus den Entwicklungsländern (die sich ihre Ausbildung etwas haben kosten lassen) in die kapitalistischen Industrieländer (die solche Arbeitskräfte besser bezahlen können). Die UNO hat nachgewiesen, dass es ca. 60'000 Ärzte, Wissenschaftler und Techniker sind, die jährlich diesen Weg gehen. Das bedeutet für die Entwicklungsländer jeweils einen Verlust von ca. 40 Milliarden Dollar.

II. Sozialistische Modelle gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen

Die sozialistischen Länder treten den Entwicklungsländern in einer grundsätzlich anderen Haltung gegenüber. Sie bieten *gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen* an. Die kapitalistischen Mechanismen haben Ungleichheit zur Voraussetzung und sie reproduzieren und vertiefen Ungleichheit. Darauf beruht die Möglichkeit der Ausbeutung und der Abhängigkeit. Wie sieht demgegenüber

das Angebot der Gleichberechtigung von seiten der sozialistischen Länder aus? Dabei ist zu beachten, dass sich dieses Angebot natürlich nur im Rahmen der ökonomischen Potenzen und Möglichkeiten bewegen kann, über die diese Länder verfügen.

Die DDR bietet Entwicklungsländern *bilaterale Beziehungen auf der Grundlage ausgeglichener Handelsbilanzen* an. Dabei geht es um eine Art Clearing-System. Beide Seiten stellen Warenlisten auf und handeln für die entsprechenden Positionen Preise aus. Dabei ist völlige Gleichberechtigung garantiert. Der Vorteil liegt darin, dass der Warenaustausch nicht auf der Dollarbasis des Weltmarktes geschieht (das betreffende Entwicklungsland braucht also keine Dollars, um Waren aus der DDR zu erhalten) und dass keine Verschuldung entstehen kann, weil im System der Anreiz zum wechselseitigen Ausgleich liegt. Die DDR hat mit 76 Entwicklungsländern Handelsvereinbarungen auf dieser Basis abgeschlossen, die im grossen und ganzen gut funktionieren. In den letzten Jahren haben jedoch über die Hälfte die Verträge gekündigt, nicht weil diese Entwicklungsländer damit unzufrieden waren, sondern weil sie im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem unter einen starken Druck geraten sind: Sie brauchen Dollars für ihren Schuldendienst, und diese sind im gleichberechtigten Austausch mit sozialistischen Ländern nicht zu haben.

Das Prinzip der Gleichberechtigung wird nicht nur auf die Handelsbeziehungen, sondern auch auf alle anderen Bereiche der ökonomischen Beziehungen und der Zusammenarbeit angewandt. Ein besonders wichtiges Gebiet ist das der Qualifizierung von *wissenschaftlich-technischen Kadern.* Bis 1980 wurden über 600'000 Techniker und Spezialisten aus Asien, Afrika und Lateinamerika in den RGW-Ländern ausgebildet. Das alles geschieht auf der Grundlage von Verträgen, die auch die Bestimmung enthalten, dass die Ausgebildeten in ihre Länder zurückkehren müssen.

Um den Prozess der *Industrialisierung* von Entwicklungsländern zu unterstützen, haben sozialistische Länder den Aufbau reproduktionsfähiger Komplexe angeboten und durchgeführt, wobei sie als Zahlung Fertig- oder Halbfertigwaren aus dieser Produktion akzeptierten. Sie schlossen zumeist langfristige Abkommen, welche die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Schwankungen des Weltmarktes mildern und Planung ermöglichen. (Aufgrund eines solchen Abkommens zahlen wir zur Zeit an Kuba Zuckerpreise, die um das Dreifache über dem derzeitigen Weltmarktpreis liegen.)

Langfristige, vertraglich gesicherte ökonomische Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil – das ist das Grundprinzip, nach dem sozialistische Länder ihr Verhältnis zu den Entwicklungsländern gestalten. Dabei kann ein kleines Land wie die DDR aufgrund seiner ökonomischen Potenzen natürlich nur zu einem Teil der Entwicklungsländer intensiver in Kontakt treten. Sozialistische Entwicklungsländer und solche mit sozialistischer Orientierung, aber auch jene, die dem besonderen Druck des Imperialismus ausgesetzt sind, wie derzeit etwa Nicaragua, stehen dabei im Vordergrund.

Neben diesem Bereich ökonomischer Beziehungen gibt es einen zweiten, der mit dem Stichwort *Entwicklungshilfe* charakterisiert wird. Die entsprechenden UNO-Organe haben für diese Official Development Aid (ODA) besondere Kriterien festgelegt. Es handelt sich dabei um Kredite oder materielle Leistungen, die entweder kompensationslos oder zu ausserordentlich günstigen Bedingungen gewährt werden. Häufig sind 40–25 Prozent dieser Leistungen nicht rückzahlbar, während der Rest als Kredit mit langer Laufzeit (20 Jahre) und niedrigen Zinsen (2–3 Prozent, der normale Zinssatz beträgt sonst 10–15 Prozent) angesehen und später meist auch noch

erlassen wird. Das meiste, was die DDR an Solidaritätsleistungen (von staatlicher und gesellschaftlicher Seite) aufbringt, fällt auch unter diese Kategorie der Entwicklungshilfe.

Die UNO-Vollversammlung hat alle Industriestaaten aufgefordert, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Für 1985 hat die UNO folgende Zahlen über tatsächlich geleistete Entwicklungshilfe veröffentlicht: USA 0,25 Prozent, BRD 0,46 Prozent, DDR 0,84 Prozent, UdSSR 1,03 Prozent.

Innerhalb des RGW gibt es für Entwicklungsländer, die mit ihm assoziiert sind, Vorzugsbedingungen. Wenn in Lateinamerika insgesamt seit 1980 das Pro-Kopf-Einkommen um 11 Prozent gesunken, das in Kuba dagegen um 16 Prozent gestiegen ist, dann spiegelt sich darin auch etwas von den vorteilhaften ökonomischen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern.

Alles, was ausserhalb dieser beiden Bereiche – der Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil und der Entwicklungshilfe – an ökonomischen Beziehungen zu den Entwicklungsländern besteht, das wird nach den Regeln des *Weltmarktes,* und das heisst auch über Weltmarktpreise abgewickelt. Die DDR bezahlt hier nicht nach den Rohstoffpreisen von 1950, sondern nach den heutigen. Alles andere wäre unökonomisch: Es brächte der DDR Verluste und den Entwicklungsländern keine Vorteile, weil jeder Gewinn auf diesem Gebiet in den Schuldendienst flösse. Aber hier ist die DDR in der Tat am Weltmarkt beteiligt, der insgesamt zu ungunsten der Entwicklungsländer funktioniert. Er bietet allerdings auch den sozialistischen Ländern kaum Vorteile, zumal es in den Entwicklungsländern neue Entwicklungen gibt, die uns ökonomische Nachteile bringen: Die Entwicklungsländer sind mit Recht zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander übergegangen, vor allem um gewisse Industrialisierungsprozesse zu fördern. Zu diesem Zweck schirmen sie sich durch hohe Importzölle gegenüber solchen Industrieprodukten ab, die nicht Hochtechnologie, sondern beispielsweise Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Chemieindustrie sind, wie sie die sozialistischen Länder traditionell exportieren. Das führt in den sozialistischen Ländern zu Milliardenverlusten im Exportgeschäft.

Auch wenn das nur einen geringen Teil ihrer ökonomischen Beziehungen betrifft, dort wo sich sozialistische Länder und Entwicklungsländer auf dem (kapitalistischen) Weltmarkt begegnen, treten sie sich als Konkurrenten gegenüber.

III. Welche Partei ergreifen die Christen?

Der Behauptung, die Entwicklungsländer würden von sozialistischen Ländern genauso ausgebeutet wie von den kapitalistischen Ländern, wird man zunächst entgegnen müssen: Selbst wenn das so wäre, würden die sozialistischen Länder nur 1/15 dessen aus der Dritten Welt herausholen, was der Westen herauszieht, da die Wirtschaftsbeziehungen der kapitalistischen Länder zu den Entwicklungsländern fünfzehnmal so umfangreich sind wie die der sozialistischen Länder. Aber nun ist das nicht einmal so. Die Kanäle, durch die Entwicklungsländer ausgebeutet werden, sind typisch kapitalistische:

– Es gibt keinen sozialistischen Konzern, der Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern hätte.
– Die sozialistischen Länder sind an der Verschuldung der Entwicklungsländer nicht beteiligt.
– Sie partizipieren auch nicht am «brain drain», da sie alle Ausgebildeten in ihre Länder zurückschicken.

Das trifft auch auf alle anderen Möglichkeiten zu. Beispielsweise wird Fluchtkapital, also Reichtum korrupter Herrscher oder Profit der einheimischen Bourgeoisie in Entwicklungsländern, im allgemeinen nicht auf Banken sozialisti-

scher Länder deponiert.

Das ist eines der wesentlichsten Kennzeichen der sozialistischen Länder in unser Welt, dass sie – aufs ganze gesehen – nicht an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt sind, dass sie *nicht auf Kosten anderer leben* – und dass sie deshalb so leben, wie sie leben: gut, aber nicht im Überfluss. Das ins Bewusstsein von Christen zu heben, scheint mir die wichtigste Aufgabe kirchlichen Entwicklungsdenkens zu sein. Denn es dürfte doch wohl nicht unwichtig für die Positionsbestimmung und das *Selbstverständnis eines Christen* sein, ob er auf Kosten anderer lebt oder nicht.

Das ist zunächst gar keine moralische Frage. Jesus preist – nach dem Lukasevangelium – die Armen selig, nicht weil sie gut oder schlecht sind, sondern weil sie objektiv im Elend leben und weil diese Situation verändert werden soll. Er verflucht die Reichen – nicht weil sie moralisch verwerflich sind (der reiche Jüngling war ein moralisch wertvoller Mensch), sondern weil sie in einer Situation sich befinden, in der sie objektiv auf Kosten anderer leben (wie will man sonst reich werden!).

Ich habe eine Reihe von Freunden in westlichen Ländern, die ergreifen Partei für die Armen und engagieren sich für die Befreiungsbewegungen und wissen doch, dass sie in einer Gesellschaft stehen, die von Blut, Schweiss und Tränen der Menschen aus der Dritten Welt lebt. Wir sind da besser dran – ohne unser Verdienst. Vielleicht sollten wir Jesu Wort abwandeln: Selig seid ihr, die ihr in sozialistischen Ländern lebt, weil ihr an dem, was mit der Dritten Welt passiert, keinen Anteil habt. – Das ist sicher provozierend. Aber darüber nachzudenken, könnte uns helfen, eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage zu finden.

Die sozialistischen Länder machen den Versuch, ein grundsätzlich neues Verhältnis zu den Entwicklungsländern herzustellen. Das Hauptproblem der sozialistischen Länder ist ihre relative *ökonomische Schwäche.* Vor zwanzig Jahren meinten wir, dass in der Dritten Welt ein gewaltiges antiimperialistisches Potential heranreife. Heute sind über 80 Prozent der Entwicklungsländer auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg – nicht freiwillig und mit Begeisterung, sondern unter dem Zwang der Umstände. Die sozialistischen Länder haben Kuba und Vietnam politisch und ökonomisch unterstützt. Die Koreanische Volksdemokratische Republik hat sich weithin aus eigener Kraft entwickelt. Aber was ist mit Angola, Moçambique, Äthiopien? Reichen dazu unsere Kräfte? Es gibt Leute, die sagen, die Befreiungsrevolutionen in der Dritten Welt seien 30–40 Jahre zu früh gekommen. Ist das nicht zynisch gegenüber den Menschen, die sich aus Elend und Unterdrückung befreien wollen? Aber was soll man tun, wenn man wirklich nicht die ökonomischen Potenzen zur Hilfe hat in einer Weltsituation, in der das von den USA aufgezwungene Wettrüsten Riesensummen verschlingt.

Aber Solidarität äussert sich nicht nur ökonomisch. Sie ist primär eine politische Sache. Und deshalb sollte man nicht verkennen, dass die Existenz eines selbst ökonomisch noch nicht sehr potenten Sozialismus für viele Länder der Dritten Welt überhaupt erst den Spielraum geschaffen hat, in dem sie ihren Weg in die Unabhängigkeit beginnen konnten.

1974 hat die UNO die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Völker und den Plan für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung beschlossen. Beides geschah auf Initiative der Entwicklungsländer, aber mit nachhaltiger politischer Unterstützung durch die sozialistischen Länder. Das Ziel ist, statt der schrankenlosen Herrschaft des Marktes zu demokratischen Regeln in der Weltwirtschaft zu kommen. In diesem Kampf, der ein politischer Kampf ist, stehen Entwicklungsländer und sozialistische Länder Seite an Seite. Als Christen sollten wir überlegen, wie wir diesen Kampf unterstützen können.